

3 DAS WAR DER INTERNATIONALE FRAUENKAMPFTAG
Frauen

6 GEDEMÜTIGT UND ERFROREN AUF DER STRASSE
Berlin

8 NIEDERSCHLAGUNG DES KAPP-PUTSCHES
Thüringen

11 MIETERHÖHUNG DURCH STRECKENAUSBAU?
Hamburg

12 POLIZEI STOCKT AUF
Bremen

14 DIE ÖKONOMISCHE KRISE DES IMPERIALISMUS
BRD

16 DAS "MINENUNGLÜCK" IN BRASILien
International

18 CAPITAL BRA – STIMME VON UNTEN?
Kultur

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

um ein Ereignis, welches sich kurz vor Redaktionsschluss ereignete kommen wir nicht herum. Es ist das Massaker an muslimisch gläubigen Menschen in Neuseeland, bei dem 50 Menschen ermordet wurden. Die Regierungschefs vieler Länder – von Trump bis Merkel – haben große Krokodilstränen über dieses grausame Ereignis vergossen. Doch dabei tragen sie selber einen großen Teil der Verantwortung! Diese 50 Menschen – unter ihnen alle Altersgruppen, Männer und Frauen – wurden erschossen aus einem einfachen Grund: Sie waren Muslime. Nur aufgrund ihres Glaubens wurden sie nahezu hingerichtet. Das ist ein Ergebnis der jahrelangen imperialistisch-chauvinistischen Hetze, die von den Herrschenden in den sogenannten westlichen Ländern betrieben wird, es ist ein Ergebnis des proklamierten Kulturkampfes, der auch hier zu Lande von den meisten bürgerlichen Politikern und anderen Vertretern der imperialistischen Großbourgeoisie so aktiv geführt wird. Darum sind all jene, die jetzt ihre Krokodilstränen vergießen genau so verantwortlich dafür wie jene, die kein Problem mit dem Massaker haben, die offenen Faschisten.

Diese antimuslimische Hetze, die tagtäglich propagiert wird, egal ob von Parteien wie der AfD oder CDU oder der bürgerlichen Parteien, ist dazu da die Arbeiterklasse, vor allem in den imperialistischen Ländern, zu spalten und gegeneinander auszuspielen. Sie tun dies, damit sich die Arbeiterklasse nicht vereint und wir uns alle gegenseitig bekämpfen und nicht unsere vereinte Kraft gegen den wahren Feind lenken – den Imperialismus.

Wenn wir uns die tägliche Propaganda in den bürgerlichen Nachrichten angucken und gleichzeitig sehen was für Waffenarsenale immer wieder bei Faschisten in der BRD gefunden werden, dann ist es nicht unmöglich, dass so etwas auch hier passieren kann. Damit wollen wir keine Angst schüren, sondern auf eine reale Gefahr hinweisen. Die Revolutionäre in der BRD müssen dazu in der Lage sein so etwas richtig politisch zu beantworten.

Die Revolutionäre in diesem Land können nicht nebenher existieren mit jenen die am Ende den deutschen Imperialismus und seine Nation verteidigen. Der Kampf gegen den Sozialpatriotismus in all seinen Formen ist darum eine der wichtigsten Aufgaben der Revolutionäre in der BRD. Unsere Antwort kann nur ein konsequenter und proletarischer Internationalismus sein. Die Arbeiterklasse auf der ganzen Welt ist eins und nicht nach Nationen, Religionen oder ähnlichem getrennt. Darum müssen wir hier im engen Bunde mit dem internationalen Proletariat und den Völkern der Welt für die Beseitigung des imperialistischen Systems kämpfen. In diesem Sinne gehen wir auch auf den diesjährigen 1. Mai – dem Kampftag der Arbeiterklasse – zu. Dieses Jahr muss er mehr denn je ein Ausdruck des lebendigen Internationalismus der Arbeiterklasse sein.

Eure RoPo-Redaktion

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Franziska Vogler, Blodigstraße 15, 80933 München

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habnahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

DAS WAR DER INTERNATIONALE FRAUENKAMPFTAG 2019

Der 8. März diesen Jahres, der internationale Frauenkampftag, war auch Ausdruck der verstärkten Zusammenarbeit und Koordination der Revolutionäre auf der ganzen Welt. Ein Ausdruck davon ist das gemeinsame Flugblatt und Plakat, das von Organisationen aus Österreich, Deutschland, Norwegen, Peru und Finnland unterzeichnet wurde und Resultat wichtiger Diskussionen der Revolutionäre in Europa war (Übersetzungen davon sind Englisch, Deutsch, Portugiesisch, Dänisch, Finnisch, Spanisch und Chinesisch veröffentlicht worden). Die Aktionen und Kämpfe der proletarischen Frauen überall auf der Welt machen uns Mut und bestätigen uns in unserem Kampf. Sie zeigen, dass wir, von einer gemeinsamen Ideologie vereint, überall auf der Welt gegen den selben Feind kämpfen: das Patriarchat und den Imperialismus. Auf den folgenden Seiten dokumentieren wir ein paar Fotos zum 8. März und schließen mit einigen Zeilen des internationalen Flugblattes:

„Die proletarische feministische Bewegung muss Seite an Seite mit den Arbeiterinnen stehen, die für ihr Recht auf gleiche Bezahlung kämpfen; mit den alleinstehenden Müttern, die jeden Tag verzweifelt darum kämpfen ihre Kinder zu ernähren; mit den muslimischen Frauen die von den Chauvinisten angegriffen werden wegen der Art wie sie sich kleiden und dafür, dass sie ihr Recht verteidigen die Kleidungsstücke zu tragen die sie bevorzugen; mit den alten Frauen, die nicht von ihrer Pension leben können; mit denen, die patriarchaler Gewalt ausgesetzt sind; und jeder, die unter der Ausbeutung und Unterdrückung des Imperialismus und Patriarchats leidet und ihnen zeigen, wie man kämpft und wie sie ihre Interessen verteidigen.“

(Quelle: demvolkedienen.org)



Demonstration in Hamburg

FRAUEN



Bremen



Berlin



Mexiko, "Volksfrauenbewegung"



USA, "Entfesselt die Wut der Frauen - Volksfrauenbewegung"



Brasilien



Schweden, "Für eine klassenbewusste Linie in der Frauenbewegung"



Chile



Österreich



Norwegen

GEDEMÜTIGT UND ERFROREN AUF DER STRASSE

Jeder weiß, dass es in Deutschland Obdachlose gibt und so kommt man besonders in Berlin mit dem Thema sehr oft in Kontakt, beispielsweise in nahezu jedem Bahnhof. Doch wie kann das in einem ach so reichen und „sozialen“ Land wie der BRD sein, während tausende Häuser leer stehen? Während die BRD das fünfte Mal in Folge einen „Rekordüberschuss“ in der Staatskasse hat? Dass das kein Zufall, sondern erwartete Folge des Imperialismus ist, zeigt nicht zuletzt der Umgang mit Obdachlosen. So werden die „Tourismusgebiete“ immer wieder gewaltsam geräumt, mit der Begründung, dass das Übernachten und Zelten im öffentlichen Raum illegal ist. Obdachlose werden regelmäßig kriminalisiert. Gegen die Ursachen, die Menschen auf die Straße treiben, wird nichts unternommen. Selbst das bisschen Hilfe, welche die Obdachlosen erhalten reicht oft nicht um auch nur ihr Überleben zu sichern und wird doch weiterhin abgebaut. Auch das Schließen der sogenannten Kältebahnhöfe zeigt das.



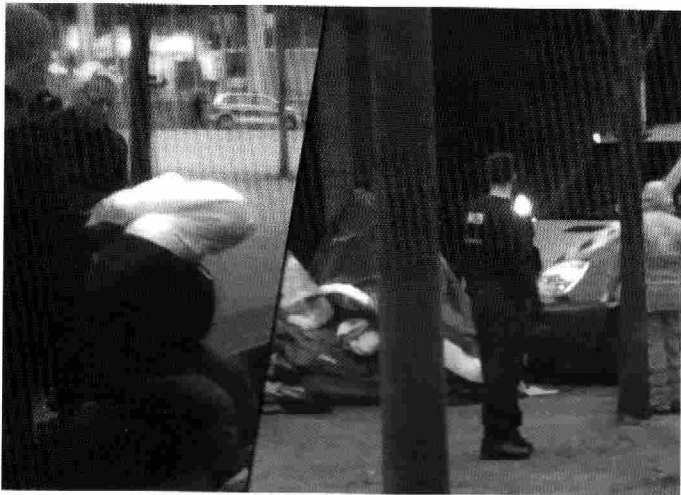
Nachdem die BVG plante sämtliche Bahnhöfe nachts zu schließen wurde dies auf Grund von öffentlichen Protesten an den Bahnhöfen Lichtenberg und Moritzplatz nicht durchgeführt. Diese blieben auch über den Winter offen und wurden jede Nacht zum Schlafplatz von mehreren Obdachlosen. Dass das nicht einmal als Notfalllösung auch nur ansatzweise reicht, ist unter anderem an den Kälte-toten im Bahnhof Moritzplatz zu sehen. Statt daraus die Konsequenz zu ziehen, dass die Obdachlosen mehr Schutz brauchen hat die BVG nun beschlossen den

Kältebahnhof Moritzplatz zu schließen und den Bahnhof Lichtenberg schon tagsüber zu räumen. Sich tags in einer der überfüllten Notunterkünfte aufzuhalten, ist auch keine Option. Denn diese sind dann geschlossen und die Obdachlosen auf sich allein gestellt. Gern gesehen oder auch nur in den Vierteln akzeptiert werden sie dann auch nicht. Sie werden kriminalisiert und von Bullen schikaniert. Eine Methode der Kriminalisierung ist beispielsweise das Verbot von Flaschensammeln. Das ist oft eine der wenigen Optionen, die Obdachlose haben um zumindest ein bisschen Geld zu verdienen, ohne einen Job zu finden, was ohne gemeldeten Wohnsitz extrem schwer bis unmöglich ist. Dass Flaschensammeln aus Mülleimern wird beispielsweise als Diebstahl gewertet, da der Mülleimerinhalt der Entsorgungsfirma gehört. Im Imperialismus wird also sogar das Eigentum am Müll gegen das Volk durchgesetzt. Müll ist in der BRD, ganz ordnungsgemäß, nur dazu da um entsorgt zu werden!



Um den Umgang mit den Obdachlosen weiter zu verbildlichen sei das Video von Januar 2019, einer Räumung eines Obdachlosencamps in Mitte erwähnt, welches bereits einige Aufmerksamkeit erhalten hat. Zu sehen ist unter anderem wie das gesamte Camp ohne Rücksicht auf die Privatsachen der Obdachlosen mit einem Bagger in einen Container geworfen und entsorgt wird. Es ist exemplarisch für die Kriminalisierung von Obdachlosen. Der Bezirk spricht von der „Entfernung von 8 Kubikmetern Unrat“, dass dieser „Unrat“ in vielen Fällen das einzige verbleibende Eigentum der Obdachlosen war, interessiert sie dabei nicht. Wenn die Obdachlosen

dagegen protestieren und sich zur Wehr setzen wollen werden sie festgenommen und misshandelt. So zeigt das Video auch wie 7 Polizisten eine obdachlose Frau verhaften und ihr dabei einen Sack über den Kopf ziehen, was sie im Nachhinein mit „hygienischen Gründen“ erklären, um die Demütigung und ihre Entblößung als Schweine zu vervollständigen. Auch die grüne Partei gibt sich in ihrer Stellungnahme mehr als zynisch und spricht zum Beispiel davon, dass es unklar sei „ob bei der Räumung noch nutzbares Eigentum der in Gewahrsam genommenen Frau vernichtet wurde“, da insgesamt „auch aus hygienischen Gründen [...] kein zu sicherndes Eigentum“ vor Ort war.



Obdachlosigkeit ist natürlich nicht ausschließlich Berliner Phänomen, aber es gibt doch eine auffällige Häufung von Obdachlosen in Berlin. So wird die Gesamtzahl der Obdachlosen in Deutschland aktuell auf 52.000 geschätzt, fast ein Fünftel davon hält sich in Berlin auf. Die Zahl der Obdachlosen ist seit 2014 um ca. 30% gestiegen. Zu den Obdachlosen kommen noch die Wohnungslosen hinzu, insgesamt sind das 860.000 (Stand 2016) und die Zahl steigt in den letzten 10 Jahren konsequent und wird dies laut Prognosen auch weiter tun. Dass wir von Schätzungen sprechen liegt daran, dass es keine offizielle Statistik zu der Zahl der Obdach- und Wohnungslosen gibt. Sie versuchen das damit zu begründen, dass eine solche Erhebung „zu schwierig und kostenaufwändig“ sei. Eine absurde Ausrede, denn der wahre Grund ist offensichtlich: Die Herrschenden wollen natürlich nicht, dass man es ganz klar vor Augen hat, dass es auch in Deutschland extreme Formen von Armut gibt. Sie versuchen es immer zu verstecken, zu verschleiern, sie versuchen es so darzustellen als wären einzelne Personen selbst daran Schuld und

nicht, dass der Imperialismus Obdachlose produziert.

Der Imperialismus verbreitet Leid überall da, wo er seine Machenschaften verbreitet. Ein Teil davon ist eben auch Obdachlosigkeit: Menschen verschulden sich, flüchten sich in Drogen, fliehen vor einem gewalttätigen Ex-Partner aus der Wohnung, oder ähnliches passiert, und schon landen sie auf der Straße. Ist man so einmal in die Obdachlosigkeit geraten, dann kommt man im Normalfall nur sehr schwer wieder raus. Es gibt viele Gründe, die einen daran hindern. Meistens hat man keinen Job mehr und man findet keinen neuen weil man keine Wohnung hat. Oft hat man dann inzwischen auch noch einen negativen SCHUFA-Score, der es in Berlin fast unmöglich macht eine Wohnung selbst zu mieten. Der Wohnungsmarkt in Berlin lässt es oft auch einfach generell schon nicht zu, dass man eine bezahlbare Wohnung so einfach findet. Sogar angebliche Sozialbauten, an denen es sowieso mangelt, für die man sogar schon einen Wohnberechtigungsschein braucht sind kaum bezahlbar.

Hier können wir nun auch erkennen, warum Häuser leer stehen während Menschen auf der Straße erfrieren. Viele dieser Häuser sind hauptsächlich oder ausschließlich Spekulationsobjekte, also leerstehende Häuser, die sich quasi niemand mehr leisten kann, aber deren vermeintlicher Wert immer weiter steigt. Für die Bourgeoisie lohnt es sich mehr Menschen beim Sterben zu zusehen als ihnen eine Wohnung zu geben. Für sie wird ihr Klasseninteresse, ihr Profit, immer mehr wert sein als die Interessen und das Leben des Volkes.

So ist auch klar, dass das Problem der Obdachlosigkeit sich nicht im Imperialismus lösen lassen wird. Solange es dieses verrottende Ausbeutersystem gibt, das überall auf der Welt Unterdrückung und Leid verbreitet werden wir die Wurzel des Problems nicht anpacken und ausreißen können. Obdachlosigkeit verdeutlicht ein weiteres Mal, dass auch in einem imperialistischen Land wie Deutschland der Klassenkampf immer mehr ein Kampf um Leben und Tod wird. •

THÜRINGEN

DIE NIEDERSCHLAGUNG DES KAPP-PUTSCHES

Geschichte der Arbeiterbewegung in Thüringen

Eines der wichtigsten Lieder unserer Klasse ist die Internationale. In einer Strophe heißt es richtigerweise „Es rettet uns kein höheres Wesen, kein Gott, keine Kaiser noch Tribun. Uns aus dem Elend zu erlösen können wir nur selber tun“. Dass diese Zeilen nicht nur in den Wind gesprochen sind, bewies die Arbeiterklasse im März 1920 als die Konterrevolution durch den Kapp-Putsch die Errungenschaften der Revolution 1919 zerstören wollten, um den deutschen Imperialismus wiedererstarken zu lassen. Unterstützt von den Junkern und dem Großkapital putschte ein Teil der Reichswehr und besetzte überall im Land Regierungsgebäude, vertrieb die örtliche Regierung und setzte eigene Handlanger ein. Die Regierung um Bauer und Noske floh vor eben jenen mörderischen Banden, die sie noch ein Jahr zuvor auf die rebellierende Arbeiterklasse und ihre Führer gehetzt hatten. Dieselben mörderischen Kettenhunden, die Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht abschlachteten, wurden abermals losgelassen, um Arbeiter zu quälen. Auf der Flucht forderte die Berliner Regierung die Massen auf, sich mit einem Generalstreik gegen die Putschisten zu wenden. Sie traten von dieser Haltung jedoch alsbald zurück. Schnell wurden die Kettenhunde des Großkapitals zurück gepfiffen von ihren bourgeois Herren. Die Arbeiterklasse

jedoch brauchte auch gar keine Aufforderung. Die organisierten Arbeiter der KPD, aber auch viele die der SPD und USPD zuzurechnen waren vereinigten sich mit den Gewerkschaften, denn sie hatten längst das Gebot der Stunde erkannt. Arbeiterwehren wurden gebildet, die Reichswehr wo es möglich war entwaffnet und deren Waffen an die Arbeiter ausgeteilt. Viele der Genossen konnten noch den Geruch der Verwesung in den Schützengräben riechen, in denen sie noch 2 Jahre zuvor, unter anderem dank den Arbeiterschlächtern der SPD Führung lagen. Nicht noch einmal wollten sie für den deutschen Imperialismus und seine Kanonenkönige Scheiße fressen. Die Zukunft ihrer Kinder sollte nicht mehr geprägt sein von Armut und Plackerei.

Nicht für die Bonzen der Regierungsparteien nahmen sie die Waffe in die Hand, sondern weil sie wussten, dass nur sie allein für ihre Interessen eintreten mussten. Sie wussten genau, dass der Terror der Putschisten gegen eben jene gerichtet war, die den 8 Stunden Tag erkämpften, gegen die organisierte Arbeiterklasse in Deutschland, die sich ihrer Stärke zunehmend bewusst wurde. Die nicht mehr unterdrückt durch die Ausbeutung der Schlotbarone leben wollten.



Clara Zetkin schrieb richtigerweise in diesen Tagen *„Das Proletariat muss in dem Militarismus das Schwert der kapitalistischen Klassenherrschaft zerbrechen und mit der Bewaffnung der Arbeiter die Machtposition erobern, die Schlüssel und Stützpunkt für die Eroberung der politischen Macht ist.“* Die Drahtzieher des Putsches Ludendorff, Lüttwitz und Kapp waren Büttel des Kapitals, der Thyssens, Krupps und nicht zuletzt der Großgrundbesitzer und der alten teils monarchistischen Elite. Diese benötigten den starken deutschen Staat, um sich wieder imperialistisch nach außen zu wenden. In ihrem Angriff auf die junge Republik verteidigten sie das „Alte und Morsche“, das laut Scheidemann mit der Revolution eigentlich zusammengebrochen sein sollte. Sie kämpften für die Macht der Bourgeoisie, die nach wie vor ihre diktatorische Klassenherrschaft über die Arbeiterklasse ausübte.



Clara Zetkin

Erstes Mittel war daher der Generalstreik. *„Kapp keine Tonne Kohle!“* *„Alle Räder stehen still, wenn mein starker Arm es will!“* Unter diesen und ähnlichen Parolen legten die Arbeiter landesweit die Arbeit nieder und organisierten sich in Streik-Komitees und Arbeiterwehren. So sollte dem deutschen Imperialismus das Kreuz gebrochen werden. Ihr hoher Grad an Organisation ermöglichten ihnen unter anderem, die Bourgeoisie zu zwingen, die

Löhne weiter zu zahlen und oftmals jenen, die in den Arbeiterwehren kämpften, sogar noch Zuschläge zu zahlen. Die Putschisten bedienten sich in diesen Tagen den bereits vor dem Putsch gebildeten Einwohnerwehren als reaktionärer Miliz und dem „technischen Hilfswerk“, einer Organisation, mit der durch Streikbruch die Aktionen der organisierten Arbeiterschaft bekämpft werden sollten.

In Thüringen waren besonders die Gebiete um Suhl und Zella-Mehlis heiß umkämpft. Auf Geheiß der USPD-Landesregierung wurden Aktionsausschüsse aus Mitgliedern der 3 Arbeiterparteien gebildet und auf Massenkundgebungen auch von den Arbeitern angenommen. In Suhl wurden damals noch im großen Stil Waffen produziert. So war die Waffenkammer Deutschlands in diesen Tagen auch die Waffenkammer der Arbeiterwehren. Durch kühne Aktionen wurden Waffen erbeutet. Zeitzeugen berichteten aus diesen Tagen:

„Bei einer dieser Aktionen, wurden im ehemaligen Erhardt'schen Rüstungsbetrieb in Zella 5 Panzerwagen entdeckt, die jedoch nicht einsatzfähig waren. Sofort begab sich eine Brigade bewusster Genossen und Kollegen dorthin. Sie arbeiteten Tag und Nacht, bis die Reparaturen geschafft und die Panzerwagen einsatzbereit dem Aktionsausschuss in Zella übergeben werden konnten... Die Nacht von Sonntag zum Montag war herangekommen. Kein Arbeiter hatte bisher an Schlaf gedacht. Das war auch in dieser Nacht so. Von Mitternacht an wurden die bewaffneten Arbeiterkolonnen zu Hundertschaften formiert. Wer noch nicht im Besitz einer Waffe war, bekam eine. Jede Hundertschaft bekam einen Führer, es waren durchweg Soldaten des ersten Weltkrieges und der Arbeiterklasse treu ergebene Genossen, die die Führung übernahmen. Am Montag den 15. März, früh um 4, standen 5 Hundertschaften und mehrere Lastkraftwagen mit Besatzungen einsatzbereit vor den Standortlokalen.“

Der Wille der Massen zum Kampf war so stark, dass auch die rechten Führer der SPD sie nicht von der Schaffung einer Arbeitereinheitsfront abhalten konnten. Sie trotzten dabei den Drohungen der Putschisten, die bereits am 14. März Flugblätter über Suhl und Zella-Mehlis abwerfen ließen, in welchen sie jenen, die sich an Generalstreik und Bewaffnung beteiligten mit dem Einmarsch der Reichswehr drohte.

Durch das beherzte Handeln der vereinigten Arbeiterklasse konnten dem Klassenfeind herbe Verluste auf ganzer Linie zugefügt werden. Im Angesicht der Niederlage schreckten die Kappisten vor weißem Terror nicht zurück. So kam es dazu, dass die Arbeiterwehren in Gotha eine Einheit der Kapp-Soldaten erfolgreich in eine Sackgasse gekämpft hatten. Als, wie an anderen Orten zuvor die Putschisten die weiße Fahne als Zeichen der Kapitulation schwenkten, ließen die aufrechten Arbeiter die Waffen schweigen. Eine Abordnung der Arbeiterwehr kam aus der Deckung und ging auf die putschistische Stellung zu, als plötzlich das MG ratterte und die herannahenden Arbeiter hinterücks ermordete. Wo die Putschisten nicht durch die Arbeiter zurückgeschlagen werden konnten, teilweise weil rechte Kräfte der SPD sie zurückhielten, wurden Gewerkschafter und Arbeiterfunktionäre ermordet.

Nach ca. 100 Stunden war der Kapp-Putsch zurückgeschlagen. Seine Führer nahmen den durch die ausgestreckte Hand der Reichsregierung offerierte Notausgang und traten zurück. Die Reichsregierung feierte sich für die Opfer der Arbeiterklasse, forderte diese jedoch auf, die Waffen abzugeben. Die organisierten Arbeiter jedoch dachten vorerst nicht daran, sie begannen da wo sie gesiegt hatten die neue Macht zu errichten, allen voran die KPD. Sie benutzten die geschaffenen Aktionskomitees mit dem Ziel, eine neue sozialistische Regierung unter Führung der KPD, der USPD und den fortschrittlichsten Teilen der SPD zu errichten. Für Noske und Bauer, da waren die Arbeiter sich größtenteils einig, hatten sie kein Blut vergossen. Das Wiedererstarken der Kräfte, die dem deutschen Militarismus das geifernde Maul erst wieder öffnen ließen, war die vielen Toten nicht Wert. Die Gewerkschaften waren jedoch gesprächsbereit. Zwar hatten sie einen 9 Punkte-Plan eronnen, den sie gegenüber der Regierung durchsetzen wollten. An der gewählten Regierung an sich hatten sie jedoch keinen Zweifel. Es war kein Wunder, dass der 9 Punkte Plan schnell gekürzt, bald fast voll verworfen wurde. Viele Arbeiter wurden entwaffnet. Die Regierung wurde wiedereingesetzt.

Dies wurde unter anderem den Arbeitern in Thal, einem Ortsteil von Gotha zum Verhängnis. Einige Zeit nach der Niederschlagung des Putsches zog das konterrevolutionäre Marburger Studentenkorps durchs Land. In Thal trieben sie die Anführer der

Arbeiterwehren zusammen und ermordeten 15 von ihnen bei Mechterstädt. Auch in den kommenden Jahren, als sich besonders die ökonomischen Verhältnisse im Land immer schlechter für die Arbeiter (und immer besser für die Fabrikanten und Junker) entwickelte nahmen die Angriffe auf die organisierte Arbeiterklasse immer weiter zu. Bei der Niederschlagung der Arbeiteraufstände spielten oftmals genau die Reichswehreinheiten eine tragende Rolle, die einst am Kapp-Putsch beteiligt waren und nun im Auftrag der Regierung für Ruhe und Ordnung sorgen sollten.

1923 folgte der nächste Putschversuch der Clique um Ludendorff und einen gewissen Adolf Hitler in München. 1933 dann kam Adolf Hitler, ganz legal und demokratisch als Reichskanzler an die Macht. Der Rest ist schmerzliche Geschichte.

Die Niederschlagung des Kapp-Putsches durch den heldenhaften Kampf der deutschen Arbeiterklasse und ihrer proletarischen Einheitsfront wird nicht oft erzählt. Zumindest nicht so oft wie die Geschichte der „friedlichen Revolution“ 1989 oder anderer „Vorzeigerevolten“. Dies liegt daran, dass es nicht gewollt ist, dass wir Arbeiter uns unserer Stärke bewusst werden. Die Arbeiterklasse von 1920 wusste, dass ihr nichts geschenkt wird. Sie wusste, dass sie da, wo sie einig ist, unschlagbar ist. Und ihr war schmerzlich bewusst, dass sie aus den vergangenen Kämpfen lernen muss. An den Verhandlungstischen kann man nur besprechen, was man auf dem Schlachtfeld bereits erkämpft hat. Dazu muss die Arbeiterklasse vereint sein. Vereint unter der roten Arbeiterfahne. •



MIETERHÖHUNGEN DURCH STRECKENAUSBAU?

In Horn (ein Arbeiterviertel im Hamburger Osten) soll die Linie U4 ausgebaut werden. Neulich gab es im Viertel eine Demo gegen genau dieses Vorhaben. Hier ein paar Gedanken dazu:

Natürlich braucht unser Viertel eine gute Bahnanbindung! Auch wir aus den Arbeitervierteln wollen schnell, rechtzeitig und ohne viel Stress zur Arbeit kommen und die Kinder von der Kita abholen. Um das zu bewältigen, müssen wir uns aktuell damit rumschlagen, dass in unsere Viertel entweder gar keine Bahn fährt oder dass es wegen maroden Gleisen ständig Schienenersatzverkehr gibt und wir zu spät zur Arbeit kommen, weil die Bahn mal wieder Verspätung hat. Dafür sollen wir dann auch noch einen riesigen Teil unseres Lohns für das Ticket abdrücken, um überhaupt zur Arbeit kommen zu können, ohne von den Kontrollen schikaniert zu werden. Das alles muss ein Ende haben!

In diesem Fall will die Stadt für ihre sogenannte „Lösung“ des Problems, den Ausbau der U4 um ganze zwei Stationen, 465 Millionen € ausgeben. Doch was uns die Herrschenden uns da vorsetzen, hat gravierende Folgen für das Leben im Viertel, die uns verschwiegen werden: Das Fällen von 770 Bäumen und Sträuchern in der Manshardtstraße, damit Platz für die Bahn entsteht, ist schlecht für die Luft und für die Umwelt und somit auch schlecht für die Lebensqualität. Der Ausbau bindet außerdem beispielsweise Jenfeld nicht ins U-Bahn-Netz ein und schneidet somit weiterhin das eine Arbeiterviertel vom anderen ab. Die Häuser, die direkt an der späteren U-Bahn-Strecke liegen, können eventuell durch die Erschütterungen beim Bauen Risse bekommen und für die Mieter kann es gefährlich werden, in ihnen zu leben. Da die Tunnelbohrmaschinen zu teuer sind, wird zudem abschnittsweise die gesamte Straße aufgerissen und riesige Löcher klaffen in der Landschaft.

Doch der Ausbau wird durchgesetzt. Das haben die SPD und die Grünen fest in ihrem Koalitionsvertrag verankert. Besonders der Lärm, der durch die Dauerbaustelle mindestens sieben Jahre andauern wird, und das voraussichtlich sechs Tage in der

Woche von 7 bis 20 Uhr, bedeutet so viel Belastung, dass sich Manche überlegen, ganz das Viertel zu verlassen. Eine Frau sagte im Gespräch: „Ich überlege ernsthaft weg zu ziehen. Diesen psychischen Druck will ich mir nicht antun. Auch für die älteren Menschen, die hier leben, muss das schlimm auszuhalten sein.“ Wenn die Mieter ihre Wohnungen notgedrungen verlassen, haben die Vermieter die perfekte Möglichkeit, gleich mal schnell die Mieten für die Nachmieter zu erhöhen. Außerdem kann das Viertel plötzlich attraktiv für Leute werden, die sich teure Neubauten leisten können und eine schnelle Verbindung zur HafenCity suchen. Ob sich Arbeiterfamilien die Mieten in diesem Stadtteil in ein paar Jahren dann überhaupt noch leisten können, ist äußerst fraglich. Und die Herrschenden werden sich dann nicht zweimal überlegen, was ihnen mehr Geld bringt: Spielplätze und Kleingärten zu verwalten, oder Baugrundstücke zu verkaufen. Das ist ihre Vorstellung von der „Aufwertung“ eines Stadtteils: die, die im Arbeiterviertel leben und aufgewachsen sind, werden verdrängt, um mehr Profite zu machen.

Und das sollen wir uns gefallen lassen?

Die Herrschenden machen das, was ihnen passt und was ihren Interessen entspricht. Wenn wir Glück haben, haben wir auch etwas davon. Und dieses Etwas wird uns von den Herrschenden dann als unheimliche Großzügigkeit verkauft, um unser Vertrauen nicht vollständig zu verlieren. Denn es geht hier nicht darum, dass die Menschen selbst entscheiden. Danach was WIR in unserem Viertel wollen, fragt uns niemand! Wir dürfen alle vier Jahr zur Wahlurne laufen und ein Kreuz machen, für das „kleinere Übel“, für eine der bürgerlichen Parteien, die niemals ernsthaft nur für uns kämpft. Unsere konkreten Forderungen, was wir in unserem Viertel brauchen und was nicht, kommen darin nicht vor. Wir können nicht entscheiden, ob wir beherrscht werden oder nicht. Doch damit geben wir uns nicht zufrieden! Lasst uns nicht durch Petitionen um ein Fünkchen Mitbestimmung betteln! Lasst uns auf die Straße gehen, für unsere Interessen kämpfen und selbst bestimmen, was in unseren Vierteln passiert! •

BREMER POLIZEI STOCKT AUF

Mehr Hilfsbullen mit Schusswaffen

In Bremen wird bereits seit einiger Zeit nach neuen Polizeikräften gesucht. Gejammer über zu viel Arbeit, zu viele Überstunden und dementsprechend zu wenig Kapazitäten sind zur Normalität geworden. Und das alles, obwohl die Zahlen von Straftaten in Bremen seit Jahren rückläufig sind. Etwas komisch, könnte man meinen. Jedenfalls hat sich die Bremer Polizei für dieses angebliche Problem eine Lösung einfallen lassen. Neben dem neuen Ordnungsdienst, der seit Ende letzten Jahres sein Unwesen in unseren Vierteln treibt und über den wir bereits vor wenigen Monaten hier in der RoPo berichteten, gibt es in unserer Stadt auch den sogenannten „Objektschutz“. Eine Einheit der Polizei in Bremen, auf die in Zukunft größerer Fokus gelegt werden soll. Die Gründe hierfür sind so offensichtlich wie praktisch für die Herrschenden, doch dazu später.

Der Objektschutz ist, wie schon gesagt, Teil der Bremer Polizei. Sie sind dementsprechend auf den ersten Blick auch nicht von regulären Polizeibeamten zu unterscheiden. Denn die Uniform der Objektschutzbullen ist die gleiche wie bei anderen Polizisten, nur an den Fahrzeugen, in denen sie unterwegs sind, sind Unterschiede zu erkennen. Die Autos sind kleiner, verfügen über kein integriertes Blaulicht und sind statt dem üblichen „Polizei“-Schriftzug auf beiden Vordertüren mit einem „Objektschutz“-Schriftzug ausgestattet. Vor nunmehr zwei Jahren führte das Bundesland Bremen die Objektschützer-Polizisten

ein, die zurzeit über 29 Angestellte verfügen. Wie der Name schon verrät, ist ihr ursprünglicher Zuständigkeitsbereich der Schutz von Objekten. Das bedeutet in der Hauptsache, Gebäude des Staates wie das Innenressort, Denkmal geschützte Gebäude wie die Gebäude und Bauwerke rund um den Marktplatz oder Gebäude, die als gefährdet eingestuft werden, wie die Synagoge in Schwachhausen, vor Angriffen in welcher Form auch immer zu bewahren. Dafür absolvieren sie eine drei Monate andauernde Ausbildung, bis sie in den Dienst eintreten dürfen. Anschließend sind sie befugt neben der schon erwähnten Uniform der Polizei auch einen Schlagstock, ein Pfefferspray und eine Schusswaffe zu tragen. Statt einer dreijährigen Ausbildung (denn so lange dauert eine solche Polizei-Ausbildung normalerweise) genügt in Bremen also ein Zwölftel der Zeit aus um eine funktionsfähige, geladene Schusswaffe zu tragen. Laut dem Chef der Objektschutzbullen reichen diese drei Monate vollkommen aus, um alle notwendigen Fähigkeiten an der Waffe zu erlernen und um diese dann im Einsatz tragen zu dürfen. Gleichzeitig gibt es dagegen sogar Kritik aus den eigenen Reihen, beispielsweise von der Polizei Gewerkschaft GDP, die nicht davon überzeugt ist, dass eine dreimonatige Ausbildung an der Waffe ausreichend ist. Nur um die Absurdität dieser drei Monate Ausbildung noch mal klar zu machen, in den meisten Jobs ist man länger in der Probezeit als diese bewaffneten Hilfsbullen ihre Ausbildung absolvieren müssen.



Nun ist man hier in Bremen drauf und dran neue Objektschützer einzustellen. So soll Ende April die Ausbildung für 26 neue Kräfte beginnen. Ende Juli werden sie dann fertig sein und mit geladener Pistole im Holster ihren Dienst antreten. Damit werden die Kräfte dieser Hilfsbullen-Einheit auf 55 fast verdoppelt. Und das ist noch nicht alles. Denn zusätzlich zu alledem soll der Objektschutz mit weiteren Befugnissen bestückt werden. So sind sie in Zukunft auch für Polizeigewahrsamnahmen und Abschiebehaft, für die Vorführung vermeintlich psychisch Kranker in der Psychiatrie Bremen-Ost und für die Aufnahme „kleinerer“ Verkehrsunfälle zuständig. Was das noch mit dem Schutz von Objekten zu tun haben soll ist ganz klar, nämlich absolut nichts. Denn unter dem Deckmantel einer Polizeieinheit mit wenig Befugnissen, die nicht einmal unter der Bezeichnung Polizei auftritt, wird eine Polizei-Einheit herangezüchtet, die nach und nach mehr Zuständigkeitsbereiche erlangt, personell aufgestockt wird und extrem schnell auszubilden ist. Und das alles, weil die Polizei den angeblichen Personalmangel kompensieren will. Der Bremer Polizei Präsident Lutz Müller rechtfertigte die Maßnahmen indem er sagte: *„Es geht hier um eine sinnvolle Entlastung in Aufgaben die eben nicht unbedingt zwingend gut ausgebildete Vollzugsbeamte machen müssen“*. Dazu gehört also auch das *„... nicht unbedingt zwingend gut ausgebildete Vollzugsbeamte...“* in unserer Stadt nun also mit einer scharfen Waffe herum laufen dürfen.

Doch auch die normale Polizei rüstet in Personalangelegenheiten nun auf. So sollen in Bremen dieses Jahr 200 neue Polizisten ausgebildet werden. Das sind beinahe doppelt so viele, wie noch in den Jahren zuvor. Doch da diese 200 erwünschten Anfängerbullen noch nicht gefunden werden konnten, hat man nun einfach die Bewerbungsfrist bis Ende April verlängert. Die Einstellungsvoraussetzungen wurden in den vergangenen Jahren bereits nach und nach gelockert. Somit ist im Vergleich zu früher heutzutage kein Abitur, keine Mindestgröße und auch kein Höchstalter mehr ausschlaggebend dafür, ob man nun Bulle werden kann oder eben nicht. Der Bremer Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) hat das alles wohl nicht so ganz mitgeschnitten. In einem

Interview mit einem Lokalnachrichtenmagazin sagte er, dass man in Bremen seit dem Jahre 2001 nichts mehr an den Ausbildungsvoraussetzungen verändert hätte, außer minimale Anpassungen im Sporttest und im erforderlichen Diktat. Er beteuerte sogar, dass diese Dinge weiterhin Voraussetzung für die Ausbildung seien. Doch das alles ist vollkommener Quatsch.

Mäurer selbst will die die Polizeistellen in Bremen deutlich erhöhen und fordert 2900 statt 2600 Bullenstellen. Außerdem wird laut den Recherchen eines Lokalnachrichtenmagazins angeblich weiterhin darüber nachgedacht die Ausbildungsvoraussetzungen herunter zu schrauben. In welchen Aspekten genau ist noch nicht klar. Doch wenn Bullen schon nach drei lächerlichen Monaten Ausbildungszeit eine Schusswaffe tragen dürfen, dann ist wohl alles möglich.

Was die Folge dieser ganzen Maßnahmen sein wird, dürfte jedem klar sein. Mehr Bullen auf unseren Straßen, in unseren Vierteln, in unserer ganzen Stadt. Die Herrschenden stopfen alles voll mit ihren Dienern, so dass wir uns immerzu in direkter Konfrontation mit ihnen befinden. Überall Bullen, soweit das Auge reicht, das ist was sie wollen. Wir sollen uns dran gewöhnen uniformierte, bewaffnete Männer und Frauen zu sehen. Das alles dient der Aufstandsbekämpfung, welche die Herrschenden so vorbereiten. Denn wenn wir uns erstmal an die ganzen bewaffneten Bullen gewöhnt haben, dann wundern uns irgendwann Streitkräfte der Armee auch nicht mehr sonderlich. Mit fehlender Sicherheit, die von den Herrschenden wieder und wieder Propagiert wird, hat das alles absolut gar nichts zu tun. Was unsere Sicherheit gefährdet sind ihre Bullen, die mit Schusswaffen bewaffnet dieses verkommene System beschützen. Dafür kämpfen, dass dieses System, der Imperialismus, der für Ausbeutung und Unterdrückung hier in Deutschland, aber vor allem in den unterdrückten Nationen sorgt, bestehen bleibt. Denn eine jede Bullenwaffe ist im Endeffekt eine Waffe, die gegen das Volk gerichtet ist und für Ausbeutung und Unterdrückung steht. •

DIE ÖKONOMISCHE KRISE DES IMPERIALISMUS

Der Imperialismus steckt in einer Krise. Nicht nur politisch, wie in der letzten Ausgabe der Roten Post gezeigt wurde, sondern auch die wirtschaftliche Krise kommt. Die Weltwirtschaftskrise von 2007, die schärfste ökonomische Krise seit dem „Schwarzen Freitag“ 1929, ist noch immer nicht ganz überwunden. Wir erinnern uns zurück: Die Bonzen des Finanzkapitals hatten sich verkalkuliert und die weltweiten Finanzströme gerieten ins Stocken. Einige Banken mussten Insolvenz anmelden und das ganze System kam ins Wanken. Mit weitreichenden Folgen für die Arbeiterklasse auf der ganzen Welt. Millionen Menschen wurden in der Folge arbeitslos, die Obdachlosigkeit stieg in vielen Ländern massiv an, weil die Kredite für Häuser und Wohnungen nicht mehr bedient werden konnten und die Last der Krise wurde auf die Arbeiterklasse und das Volk abgewälzt. So stopfte die Bundesregierung den Finanzkapitalisten ganze 500 Milliarden Euro in den Rachen um sie zu retten. Alleine in die „Hypo Real Estate“ wurden 102 Milliarden gepumpt, um die Bank vor dem Untergang zu bewahren. 500 Milliarden Euro für die Bosse aus der Wirtschaft waren kein Problem, während Hartz IV Empfänger um jeden Cent beim Amt betteln müssen. Doch trotz den unzähligen Milliarden die weltweit in die Banken gesteckt wurden, strudelten die wirtschaftlich starken, imperialistischen Nationen in die größte Rezession (wirtschaftlichen Abschwung) seit dem zweiten Weltkrieg.

Zyklische Krisen

Es liegt im kapitalistischen System begründet, dass es immer wieder zu Krisen kommen muss. Wie viele Jahre genau zwischen den Krisen liegen, kann man nicht mit Bestimmtheit sagen. Aber dass sie kommen, daran besteht kein Zweifel. Sogar bürgerliche Ökonomen müssen eingestehen, dass der Kapitalismus immer wieder Krisen hervorbringt. Viele von ihnen befassen sich deshalb damit, wie man diese Krisen abmildern oder gar verhindern könnte. Ausgerechnet das wollen sie in den letzten Jahren sogar bei Karl Marx gefunden haben. Eine Lösung dafür die zyklischen Krisen, die Marx als erster korrekt bestimmt hat, abzumildern. In den letzten mehr als hundert Jahren ist es keinem Ökonom oder Politiker der Bourgeoisie gelungen etwas derartiges

zu vollbringen. Die Krisen gehören zu diesem System so untrennbar dazu wie die Ausbeutung der Arbeiterklasse.

Aber wie genau kommt es zu den immer wiederkehrenden Krisen? Jeder Kapitalist will möglichst viel Profit erwirtschaften. Das ist der ganze Zweck der Produktion. Nicht dass die Menschen irgendwelche nützlichen Dinge bekommen. Die Waren müssen schon in irgend einer Form nützlich sein, sonst würden sie sich nicht verkaufen. Aber das Wichtigste ist, dass sie sich verkaufen lassen, und zwar gewinnbringend. Dafür muss am Ende mehr Geld bei den Kapitalisten ankommen als sie in die Produktion investiert haben. Das ist der einzige Grund, warum in diesem System irgendetwas produziert wird, die Profite der Kapitalisten. Dafür wird die Produktion „optimiert“, dafür werden Arbeiter durch neue Maschinen oder Algorithmen ersetzt, dafür werden Löhne gesenkt, dafür wird die Arbeitsintensität erhöht und dafür wird auch mal eine ganze Produktion ins Ausland verlagert, wo die Lohnkosten noch geringer sind und man kaum noch auf so etwas wie Arbeitssicherheit achten muss. Das ist der „Fortschritt“, den die imperialistische Stufe des Kapitalismus gebracht hat. Alle Kapitalisten stehen dabei in Konkurrenz zueinander und versuchen die anderen auszusteichen, um noch mehr Profit zu machen und ihre Stellung abzusichern. Doch erst auf dem Markt zeigt sich wer gewinnt und wer verliert. Wegen dieser Anarchie des Marktes werden extrem viele Waren hergestellt und es zeigt sich erst später, ob sie auch tatsächlich verkauft werden. Und so reicht die Kaufkraft des Volkes und der Kapitalisten irgendwann nicht mehr aus um alle Waren auf dem Markt aufzukaufen. Entsprechend gibt es immer wieder zu viele Waren aber niemanden mehr der sie kauft bzw. kaufen kann. Weil die Waren nicht verkauft werden kommt es zu Profiteinbußen bei einzelnen Kapitalisten, welche daraufhin Arbeiter entlassen. Massenhaft Menschen werden entlassen und verelenden, weil zu viele Waren produziert wurden.

Hier zeigt dieses System ein mal mehr seine vollständige Rücksichtslosigkeit gegenüber der Mehrheit der Menschen. Dieses Problem steigert sich immer weiter, mehr Arbeiter werden arbeitslos, kaufen weniger, einzelne Kapitalisten verkaufen

weniger und immer mehr Waren bleiben liegen. Die Überproduktionskrise ist da. Daraufhin werden die überschüssigen Waren einfach vernichtet, die kleinen Kapitalisten, die in der Konkurrenz nicht bestehen konnten werden von den Monopolen aufgekauft und die Wirtschaft stabilisiert sich. Zumindest für den Moment, denn dann geht das Spiel schon wieder von vorne los. Natürlich kann es in diesem Ablauf Variationen geben und die Kapitalisten überlegen sich immer neue Methoden, um die Effekte der Krisen auf ihre Unternehmen abzumildern. Dafür nutzen sie auch ihren Staat, um die Krise vor allem auf die Arbeiterklasse abzuwälzen.

Um dieses Phänomen zu bebildern erinnern wir uns an die so genannte „Abwrackprämie“ bzw. „Umweltprämie“. Die deutsche Autoindustrie, eine der wichtigsten Industrien für den deutschen Imperialismus hatte auch während der Finanzkrise ein paar Probleme. Abertausende Autos standen fertig auf den Geländen von Daimler, VW und Co, aber niemand wollte oder konnte sie kaufen. Entsprechend lösten die Kapitalisten dieses Problem durch ihren Staat. Sie schafften einen „finanziellen Anreiz“ sein altes Auto zu verschrotten und im Gegenzug ein neues Auto zu kaufen. So wurden die Profite der Kapitalisten während der Krise angekurbelt. In diesem Fall unter dem Deckmantel der Ökologie. Die immer wiederkehrenden ökonomischen Krisen dieses Systems ist kompliziert, aber es ist wichtig im Kopf zu haben, dass die nächste Krise kommt. Die Krisen gehören zum Kapitalismus dazu, dass wissen die Bonzen und das sollte unsere Klasse auch wissen. Die Kapitalisten können sich dann damit befassen, wie sie uns verkaufen sollen, dass die Arbeiter wieder die ganze Krisenlast tragen sollen. Und wir Arbeiter müssen uns fragen, ob wir weiterhin die Schnauze halten und uns alles gefallen lassen oder diesem faulenden System, mit seiner Armut, seiner Ausbeutung und seinen Krisen ein für alle mal ein Ende setzen.

Die kommende Krise

Dass die Krise kommt ist nicht nur eine vage Vermutung der proletarischen Revolutionäre. Erst Anfang Februar ruderte die Bundesregierung, mit ihren vollmundigen Versprechungen von wirtschaftlichem Wachstum, zurück und reduzierte die Wachstumsprognose auf ein Prozent. Und schon im letzten Jahr sprachen so genannte

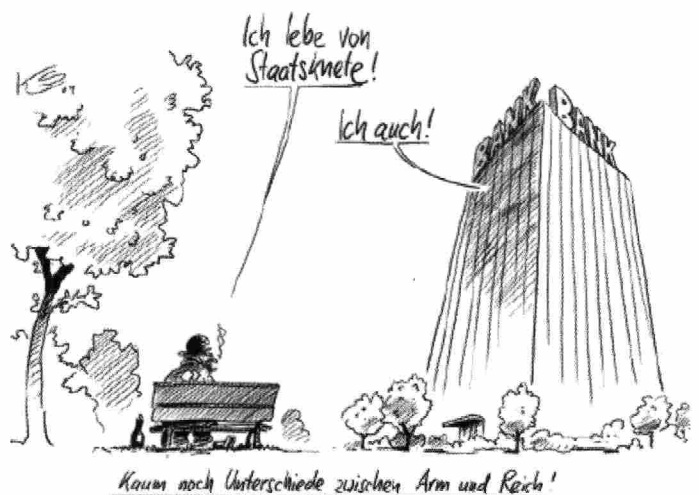
„Wirtschaftsexperten“ in der Focus Money davon, dass die Krise 2019 kommen wird (wir berichteten in der Roten Post #4). Jetzt erschien ein Interview mit dem Chefökonom der Berenberg-Bank. Er stimmt mit der Kurskorrektur der Bundesregierung überein und sagt

„Wir selbst hatten schon einige Zeit vorher die Prognose von einem Prozent herausgegeben. Durch die derzeitigen Risiken zeigt die Tendenz deutlich nach unten. Das Jahr 2019 wird also schwierig. Erst im Frühjahr oder Sommer können wir sehen, ob es denn auch wieder besser wird. Die Konjunktur kühlt sich derzeit erheblich ab.“

Auf die Frage wann er das nächste Konjunkturtief erwartet, antwortet er:

„Wenn wir großes Pech haben, sind wir im Sommer 2019 drin. Das wäre der Fall, wenn Trumps Handelskrieg gegen Europa schärfer und schärfer wird. Wenn uns das erspart bleibt, dann wird es zunächst einen Wiederaufschwung geben. Dann haben wir vielleicht 2022 wieder den Zeitpunkt für eine ganz normale konjunkturelle Rezession, für eine Bereinigungskrise.“

Hier kommt er auch noch einmal auf die Verschärfung der Widersprüche zwischen den Imperialisten zu sprechen. Und das ist die momentane Realität, politische Krisen, ökonomische Krisen, Handelskriege und Kämpfe um die Neuaufteilung der Welt, riesige Flüchtlingsströme und überall in den unterdrückten Nationen entschlossener Widerstand. Von Frieden und Stabilität keine Spur. Dieses System fault und dass es etwas besseres als diesen Wahnsinn geben muss, steht eigentlich für jeden außer Frage. •



DAS „MINENUNGLÜCK“ IN BRASILILIEN

In den letzten Wochen war sogar in einigen Deutschen Zeitungen von einem großen „Minenunglück“ in Brasilien zu lesen. Ende Januar brachen die Dämme einer Eisenerzmine in Brumadinho, einer Kleinstadt im Bundesstaat Minas Gerais. 1976 wurde dort ein Erdwall für eine Eisenerzmine errichtet, die dem Konzern Vale gehört, seitdem wurde der Damm in elf Ausbaustufen weiter erhöht. Der Damm, der mittlerweile eine Höhe von mindestens 89 Metern erreicht hatte stürzte ein und begrub fast 500 Menschen unter Tonnen aus Schlamm und Bergbauabfällen. Der angrenzende Fluss Paraopeba wurde verseucht und die Natur und die ausgedehnten Anbaugelände der Bauern in der Region sind von Schlamm bedeckt. Doch das ist kein Einzelfall, das letzte „Minenunglück“ liegt gerade einmal drei Jahre zurück. Und beide Vorfälle gehen auf das Konto der gleichen Firma; Vale.



Die Verantwortlichen

Der Vale-Konzern ist der zweitgrößte Minenkonzern und größte Nickel- und Eisenerz-Produzent der Welt. Er ist auch verantwortlich für den oben erwähnten Dammbruch in Bento Rodrigues, auch bezeichnet als Tragödie von Mariana. Bei diesem „Unglück“ im Jahr 2015 starben 19 Menschen, über 500 Menschen verloren ihre Häuser und 35 mio. Kubikmeter Schlamm, voller giftiger Abfallprodukte aus dem Bergbau, flossen in die angrenzenden Flüsse und vergifteten über 680 Kilometer Flusslauf. Experten gehen davon aus, dass es mindestens 100 Jahre dauern wird, bis die Giftstoffe langsam verschwinden. Und schon vorher war der Konzern kein Unbekannter und in unzählige Verbrechen verwickelt, weswegen

er 2012 den „Public Eye Award“ verliehen bekam. Der „Public Eye Award“ ist ein Negativpreis, der an Unternehmen verliehen wurde, die für ihre besonders ekelhaften Geschäftspraktiken in die Kritik geraten waren. Bürgerliche NGO's (Nichtregierungsorganisationen) prangerten in diesem Kontext an, Vale habe sich in seiner 70-jährigen Geschichte immer wieder Menschenrechtsverstöße, unmenschliche Arbeitsbedingungen und rücksichtslose Naturausbeutung zuschulden kommen lassen.

Auch eine Deutsche Firma ist in dieses Verbrechen involviert. Der Münchener TÜV – verantwortlich für über 30 weitere Dämme des Konzerns – wusste schon seit über 15 Monaten von Sicherheitsproblemen bei dem aus Geröll, Minenresten und Schlamm errichteten Wall Bescheid. Nur wenige Monate vor dem Dammbruch hatte der TÜV Süd noch ein Zertifikat ausgestellt, das den Damm als sicher einstufte. Dies bildete die Grundlage dafür die Minenaktivität in Brumadinho auszubauen, um die Minenproduktion um bis zu 70 Prozent steigern zu können. Lokale Medien sprechen von einer ungewöhnlichen „Expressgenehmigung“. Wahrscheinlich ist, dass der deutsche Konzern nachlässig geprüft hat, um seine anderen lukrativen Aufträge mit dem Konzern nicht zu gefährden. Denn einer anderen Inspektionsfirma, die für den Damm keine Sicherheitsgenehmigung erteilen wollte, kündigte Vale einfach den Vertrag. Der TÜV wurde bereits im November 2017 von einer brasilianischen Partnerfirma darauf hingewiesen, dass der Damm einen zentralen Sicherheitswert unterschreitet. Im Gutachten von September 2018 wurde dieser Wert einfach herabgesenkt, damit die Stabilitätsklärung ausgestellt werden konnte.



Die Antwort der Massen

Aufgrund der Wut und der Proteste der Massen in der Region waren die Herrschenden in Brasilien gezwungen das Verbrechen zu verurteilen. Sie weinen Krokodilstränen, sprechen davon, dass sich so etwas „nie wieder wiederholen“ dürfe und fordern Geldstrafen. Die Verantwortlichen bei Vale reden über ihre angebliche Verantwortung den Familien der Opfer gegenüber, dass sie Entschädigungen zahlen werden und so weiter. Aber all das haben sie auch schon vor drei Jahren in Bento Rodrigues erzählt. Und haben sie damals ihre Versprechen gehalten? Sie haben nicht einen Cent von den Geldstrafen gezahlt, niemand wurde bestraft und auch die Häuser die versprochen wurden, sind nicht gebaut worden. Und auch jetzt wird es wahrscheinlich ähnlich laufen, fünf Vale-Mitarbeiter aus der mittleren Führungsebene wurden festgenommen und sollen die Verantwortung für das Verbrechen übernehmen. Außerdem traten der Vorstandsvorsitzende und ein paar weitere ranghohe Vale-Manager vorübergehend zurück. Und jetzt? Die Bosse können weiter machen wie bisher und wenn ein bisschen Gras über die Sache gewachsen ist, werden sie schon irgendeinen neuen gutbezahlten Posten übernehmen können. Außerdem hat der Konzern angekündigt jeder Familie, die einen Angehörigen verloren hat 100.000 Dollar zu „spenden“. Soviel ist ihnen also ein Arbeiterleben wert. So versuchen sie vorzutäuschen, sie würden tatsächlich etwas für die betroffenen Familien tun und hoffen die Massen beschwichtigen zu können. Aber dieser Plan wird nicht aufgehen. Einen Monat nach dem Verbrechen kamen hunderte Demonstranten in Belo Horizonte und an vielen anderen Orten im Land zusammen und forderten Gerechtigkeit für die Opfer und die Bestrafung der Verbrecher.

Der Konzern spricht von einer „Tragödie“, aber das stimmt nicht. Es ist ein Verbrechen, ein Verbrechen, das wiederholt von den Imperialisten begangen wurde und wird. Für die riesigen Profite der Bonzen wird auf Arbeitssicherheit und Umweltschutz geschissen und die Leidtragenden sind wie immer die einfachen Arbeiter und Bauern die das Land um die Minen bewohnt haben oder in den Minen arbeiten. Es gibt die Möglichkeiten der trockenen Eisenerzförderung, die deutlich weniger Risiken mit sich bringen. Aber werden sie angewandt? Nein, denn es ist für die Imperialisten günstiger ein paar Politiker

und Inspektoren zu bestechen und vielleicht ein paar Strafen zu zahlen, weil sie hunderte Menschen unter Tonnen von Schlamm begraben haben als sicherere Förderverfahren anzuwenden. Und das ist nur die Spitze des Eisbergs. Denn die Ausplünderung der natürlichen Ressourcen Brasiliens, auf Kosten der Umwelt und im Dienste der Imperialisten hat eine jahrhundertelange Tradition, welche schon im Kolonialismus durch Portugal seinen Ursprung hat. Die Brasilianische Zeitung „A Novia Democracia“ (Die Neue Demokratie), kommt in dem Artikel „Bergbau in Brasilien: Eine Geschichte der Erkundung und Dominanz“ zu folgendem Schluss „Nach der Privatisierung von Vale während der Regierung von Fernando Henrique Cardoso wurde der Bergbau von den imperialistischen Ländern schamlos regiert, und der größte Teil des Gewinns des Abbaus ging folglich direkt an die imperialistischen Länder. Der Ökonom Adriano Benayon hat bereits gewarnt, dass „Vale 53,3% der Stammaktien von Vale und 32,5% seines Gesamtkapitals besitzt. Davon stammen 43,2% von ausländischen Investoren und nur 18,9% von Brasilianern.““ und weiter „Wir haben also gesehen, dass im Gegensatz zu gelegentlichen Katastrophen die Geschichte der Ausbeutung und Herrschaft der Bergbaugesellschaften bis in die Kolonialzeit zurückreicht und bis heute ähnlich gehalten wurde. Der Bergbau im Land dient nur dazu, die gegenwärtigen imperialistischen Mächte zu bereichern und zu festigen, die unser Vermögen mit sklavischer oder Sklavenarbeit plünderten (und plündern). Kurz gesagt, eine Aktivität, die immer von Halbfeudalität und Halbkolonialität geprägt ist.“

Doch was ist die Lösung für diese Probleme? Die Gewerkschaft der Bauarbeiter von Belo Horizonte und die Arbeiterliga bringen es in einem Flugblatt sehr gut auf den Punkt: „Was Brasilien braucht ist die Nationalisierung aller natürlichen Ressourcen und die Verarbeitung hier um Beschäftigung und Wohlstand für unser Volk zu garantieren und den Fortschritt der Nation voranzubringen.“ Und diese Forderungen können nur dadurch erreicht werden, dass die Neudemokratische Revolution in Brasilien durchgeführt wird. Nur so können Halbfeudalismus und Halbkolonialismus beseitigt und eine wirkliche Zukunft für das Volk erkämpft werden. •

CAPITAL BRA – STIMME VON UNTEN?

Capital Bra ist momentan der erfolgreichste Musiker in Deutschland. Und nicht nur das, er ist der erfolgreichste Musiker seit den Beatles, gemessen an den Nummer 1 - Platzierungen in den Charts innerhalb eines Jahres. Und auch abseits der Zahlen lässt es sich nicht leugnen. Capital Bra prägt einen Teil der Jugend sehr stark. Viele männliche Jugendliche orientieren sich an seinem Style und auch an seinem „Slang“. Das charakteristische „braa“ bzw. „bratan“ (dies ist an das russische Wort „Brat“, welches Bruder bedeutet angelehnt) kann man in unseren Vierteln von vielen Leuten hören. Natürlich hat das generell etwas mit dem Slang osteuropäischer Migranten zu tun, aber Capital Bra hat diesen sprachlichen Trend definitiv geprägt. Grund genug sich mit Capital Bra und seiner Musik zu beschäftigen, zu schauen welche Position er im Klassenkampf einnimmt, auf welcher Seite der Barrikade er steht.

Von ganz unten nach ganz oben?

Zunächst zu seiner Person, in Russland geboren zog seine Familie mit ihm früh in die Ukraine und als er sieben Jahre alt war zogen er und seine Mutter nach Berlin, Hohenschönhausen. Mit elf Jahren begann er seine ersten Raptexte zu schreiben, 2014 fing er an bei „Rap am Mittwoch“ aufzutreten und 2016, mit 21 Jahren, veröffentlichte er sein erstes Album „Kuku Bra“. Bis Mitte 2018 veröffentlichte er noch vier weitere Studioalben. Doch nachdem das Ausmaß seines Erfolgs abzusehen war, gab er im Juni 2018

bekannt sich von seinem damaligen Label „Team Kuku“ zu trennen. Soviel auch zu dem ganzen Gerede was viele Rapper an den Tag legen, bevor oder auch nachdem sie kommerziell erfolgreich geworden sind, von wegen sie bleiben sich treu, der Straße, ihren Jungs von früher etc. Alles nichts mehr wert, wenn die Chance besteht beim Major Label durchzustarten. Passend dazu rappte er auf einem seiner neueren Tracks

„Bratan läuft, Para und Erfolg

*Gestern war'n die Platten grau, heute sind sie Gold
Heute sitzen wir im Benz, gestern zu sechst in einem Golf
Doch der Bratan bleibt der Gleiche, ich weiß gar nicht,
was ihr wollt“*

Aber jeder weiß, wie die Dinge laufen. Ab dem Punkt wo solche Leute ohne Prinzipien kommerziell Erfolgreich werden, vergessen sie jede Loyalität und machen das was sie von Anfang an vor hatten. Finanziell erfolgreich werden ohne Rücksicht auf alle anderen. Kurz nach seiner Trennung von „Team Kuku“ wurde er bei Bushidos Label „Ersguterjunge“ gesignt. Doch auch diese Geschäftsbeziehung war nicht von langer Dauer. Im Januar diesen Jahres trennte er sich auch von Ersguterjunge bzw. Bushido. Dies begründete er damit, dass Bushido mit der Polizei zusammenarbeite und nicht nur seinen ehemaligen Geschäftspartner Arafat Abou-Chaker sondern auch seine Geschäftspartner Ashraf Remmo, Veyssel und Samra verraten habe.



Posen im Viertel

Soviel zu seiner Person und was ist mit seiner Musik? In der Hauptsache sind seine Texte einfach unglaublich inhaltslos. Während andere Rapper ernste Themen aus dem Alltag unserer Klasse, die Probleme in unseren Vierteln oder zumindest noch den Kampf gegen die Bullen thematisieren rappt Capital Bra hauptsächlich über private Belanglosigkeiten, seine kriminellen Geschäfte und wie reich er jetzt ist. Ein ganzer Track widmet sich der Bonzenmarke „Gucci“, dort heißt es *„Nur noch Gucci, Bratan, ich trag' nur noch Gucci“*. Was will er damit ausdrücken? Er „hat es geschafft“, er fährt jetzt in teuren Autos rum, trägt nur noch Markenklamotten und fickt schöne Frauen. Dass er es „zu etwas gebracht hat“ kann er jetzt auch mit den teuren Klamotten zeigen, die sich kein normaler Arbeiter leisten kann, genau so wie 90 Prozent seiner Hörer. Und so jemand soll ein Vorbild sein für unsere Klasse, unsere Kinder? Er repräsentiert all die Werte der Herrschenden, die uns in diesem System nahegelegt werden, Individualismus und Egoismus, im Endeffekt völlige Rücksichtslosigkeit gegen alle anderen. Hauptsache er kommt voran. Immer wieder rappt er von den „Junkies und Zombies“ denen er den Stoff verkauft, weil es ja auf den Straßen so hart ist. Als wäre er gezwungen, sich wie ein Schwein zu verhalten und die Massen zu vergiften. 99 Prozent der Menschen in unseren Vierteln leben in ähnlichen Bedingungen und kommen nicht auf die Idee diesen kriminellen Lebensstil zu glorifizieren und zu rechtfertigen.

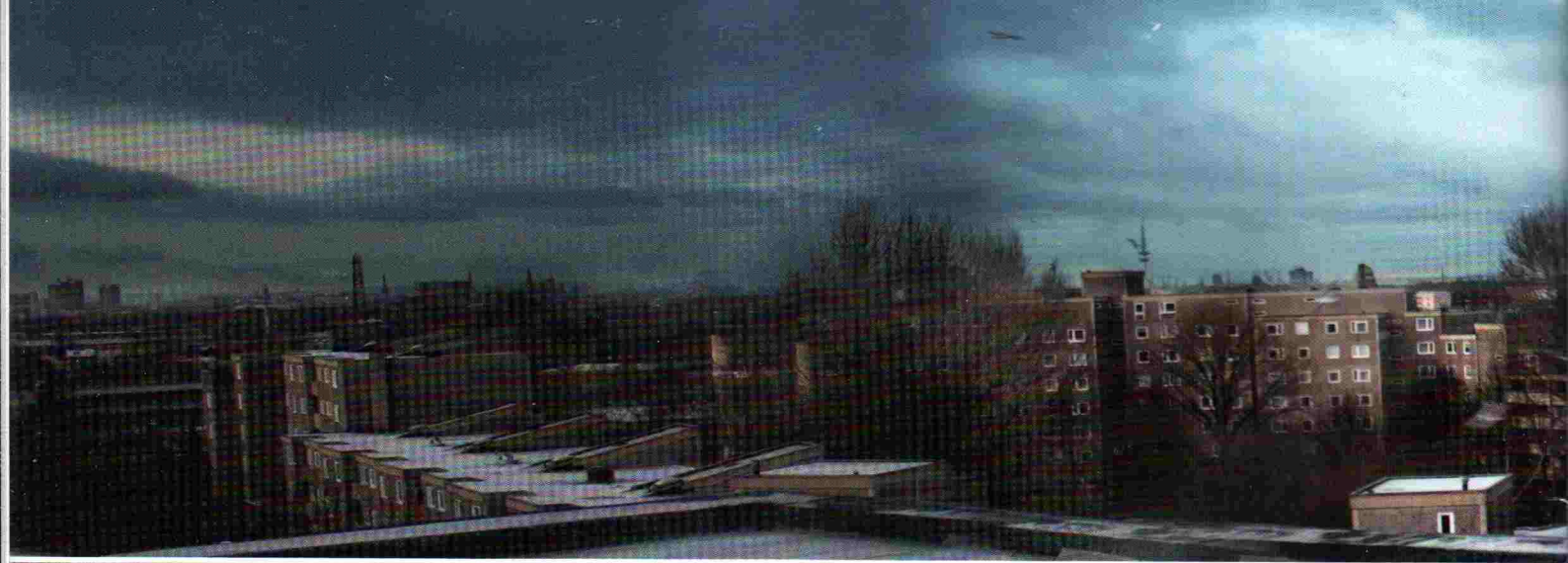
Aber das ist nur die eine Seite seiner Musik. Die andere Seite, und das ist die Hauptsache, ist die, dass die meisten seiner Tracks überhaupt keinen wirklichen Inhalt haben. Seine Musik kann einfach so im Hintergrund dudeln, ohne dass man sich Gedanken machen muss. Viele von uns haben nach einem harten Arbeitstag das Bedürfnis nach Entspannung. Einfach mal abschalten, sich „berieseln lassen“ und sich nicht mehr mit den Problemen befassen, die einem das Leben schwer machen. Dieses Bedürfnis macht sich die Kulturindustrie im Kapitalismus zu nutze um Profit zu machen. Entsprechend produzieren sie Musik, die Zerstreuung bringen soll. Wir sollen uns nicht mit den wirklichen Gründen beschäftigen warum wir immer mehr arbeiten für immer weniger Geld, warum uns die Arbeit krank

macht, warum unsere Kinder auf schlechte Schulen gehen, warum immer mehr Leute drogenabhängig werden und die psychischen Krankheiten zunehmen. Wir sollen uns ablenken und weiter funktionieren. Dafür dient Kultur in diesem System, sie ist ein Teil der Reproduktion unserer Arbeitskraft. Sie soll dafür sorgen, dass wir wieder zur Arbeit erscheinen können.

Genau diese Einstellung beschreibt er lyrisch in dem Lied „One Night Stand“: *„Komm, wir fahren ins Hotel, Baby, lass uns einfach rumliegen, Wir rauchen Joints, gucken Netflix, ich bin zufrieden“*. Nichts tun, kiffen, chillen, nicht nachdenken. Das ist der Inhalt, den diese Musik transportiert Nihilismus, Individualismus, Drogen und patriarchales Verhalten. Und auch wenn man so etwas nur nebenbei hört, hat dieser Dreck einen gewissen Einfluss auf unsere Klasse und die Jugend. Man nimmt die transportierte Message auf und gewöhnt sich an die Einstellung, die vermittelt wird. Deswegen denunzieren wir den reaktionären Charakter dieser Kultur. Weil wir eine Kultur brauchen die die Massen zum Kampf erzieht, die zum nachdenken anregt, die den Kampf gegen das Alte und für das Neue in den Vordergrund stellt. Schluss mit diesem nihilistischen, kleinbürgerlichen Dreck. Wir brauchen Musik die die Massen wachrüttelt und klar Position bezieht für unsere Befreiung. Capital Bra ist ungefähr die Antithese zu proletarischer, revolutionärer Kultur. •



Ehemalige Freunde - Bushido und Capital



DEMVOLKEDIENEN.ORG

Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

KONTAKT:

ROTEPOST@GMX.DE

